

Lieber Herr Bürgermeister meine sehr verehrten Damen und Herren

Schon wieder ein Jahr fast vergangen und schon wieder halten wir unsere Haushaltsreden und manchmal kommt es mir so vor, als wenn es erst gestern gewesen wäre.

Gerne bedanke ich mich aber wieder bei allen Menschen die an dem Zahlenwerk gearbeitet und zu einer konstruktiven Diskussion in den Haushaltsberatungen beigetragen haben.

Beim Schreiben dieser Sätze habe ich gemerkt, dass mir gar nicht mehr viel einfällt, schon gar nicht Dinge, die nicht schon irgendwann in den letzten 20 Jahren gesprochen und beantragt wurden.

Die Bewertung dieser Tatsache mag jedem selbst überlassen sein, bedeutet heute aber nur dass ich mich recht kurz fasse.

Als wir vor einem Jahr an dieser Stelle dem Haushalt für 2024 zugestimmt haben, haben wir dabei betont, dass es ein Vorschuss an die Zukunft sein sollte, auch mit realem Blick auf die Schwierigkeiten und Unwägbarkeiten einer aus den Fugen geratenen Welt an denen auch unsere Stadt nicht leidlos vorbei kommt.

Heute müssen wir feststellen:

Die Situation unserer Erde hat sich nicht verbessert, ganz im Gegenteil, sie ist noch viel komplizierter geworden.

Auch aus unserem Appell an die Mehrheit im Rat und die Verwaltungsspitze, dies als Aufruf für eine Zusammenarbeit zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger zu verstehen und die politischen Rahmenbedingungen in Schloß Holte Stukenbrock so auszurichten, dass sie zukunftsfähig sind, ist leider nichts geworden.

Ganz im Gegenteil, wir entwickeln uns mit diesem nun vorliegenden Haushaltsentwurf zurück, zurück in Zeiten, als Klimawandel, Gesellschaftliches Auseinanderdriften, schmerzhafter wirtschaftlicher Strukturwandel und soziale Ungerechtigkeiten für die meisten Menschen noch nicht so relevant waren.

Wenn wir dann einmal zurückblicken, so muss ich feststellen, dass sich in diesem Haushaltsplanentwurf auch 30 Jahre Stillstand einer CDU Mehrheit hier in unserem Stadtrat widerspiegelt.

Ein Stillstand in dem niemand bereit ist, neu zu denken und in der schwierigen finanziellen Lage, in der wir uns mit der Kenntnisnahme der Planungen für 2025 befinden, zu überlegen was will die Politik für die Menschen in SHS in den nächsten Jahren.

Wir werden geplant mit einem Defizit von rund 8 Millionen Euro in das neue Jahr gehen und dafür einen ordentlichen Griff in die Ausgleichsrücklage tätigen müssen.

Eigentlich dürfte allen klar sein, dass dies nicht im laufenden Jahr 2025, wie schon erlebt, kompensiert werden kann. Wir werden auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass in den nächsten Jahren die finanzielle Lage nicht besser wird.

Einer Neuberechnung der Hebesätze für Grund und Gewerbesteuer haben wir zähneknirschend zugestimmt und werden diese auch mittragen.

Dabei stand im Mittelpunkt der Überlegungen die Neuordnung der Grundsteuer und die damit verbundene Neubewertung aller Immobilien.

Dass es dabei zu Mehrkosten für viele Eigentümerinnen und Mieter kommt, wird so sein und es wird dabei eine Gerechtigkeitsdiskussion geben, die wir hier im Ort nicht lösen können.

Letztlich bleibt uns nur die Möglichkeit Rechtssicherheit zu schaffen, und das wurde getan.

Aber die geplanten Hebesätze sind am Ende nur Zahlen. Aber nur Zahlen festzulegen ist für eine verantwortungsvolle politische Arbeit zu wenig.

Die Politik hat Ziele zu entwickeln !!!

Wir stellen jedes Jahr den Antrag, dass die Steuerung der Einnahmen sich genau an dieser Frage orientiert.

Die CDU mag diese Frage für sich über die tradierten Vorstellungen einer konservativen Mehrheit und dem Wunsch nach Folgschaft der bisher treuen Wählerinnen und Wähler beantwortet haben.

Es reicht in diesen Zeiten aber nicht mehr aus, sich auf der Einbildung einer Jahrzehnte langen vermeintlich seriösen Politik zu berufen.

Wenn sie wirklich die Stadt seriös und Zukunftsfest durch die nächsten Jahre begleiten wollen, müssen sie für alle nachvollziehbare, sinnhafte, umsetzbare Ziele entwickeln.

Was braucht es, was wollen wir umsetzen, was können wir uns noch leisten, was müssen wir vielleicht auch mal sein lassen, was ist unser Leitbild für die Zukunft....

Darüber wollen Sie sich weiterhin keine ernsthaften Gedanken machen und lehnen unseren Antrag ohne Diskussion ab.

Auch der Hinweis auf die jährlich steigende Umlage und die höheren Verpflichtungen aus Vorgaben von Land und Bund konterkarieren diese Forderung nicht sondern das festsetzen von verbindlichen Zielen schafft erst die Möglichkeit mit einer realistischen geringeren finanziellen Ausstattung in den nächsten Jahren, trotzdem Handlungsfähig zu bleiben.

Über die Höhe der Kreisumlage und die Kritik aus Ratsmehrheit und Verwaltung habe ich letztes Jahr schon etwas gesagt. Der Kreis und der LWL übernehmen für uns Aufgaben die wir selbst nicht machen wollen. Wenn Sie der Überzeugung sind, es besser zu können, dann machen Sie es doch einfach selbst.

Auch wenn sich in der letzten Zeit das öffentliche Gefühl für die Wichtigkeit eines konsequenten Klimaschutzes gewandelt hat und sich andere Themen in den Vordergrund gedrängt haben, hat sich die Situation nicht geändert. Vielmehr haben wir in diesem Jahr die höchste Erderwärmung der Geschichte erlebt und das Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen gerissen.

Der viel umworbene und hochgeschätzte Klimadeal der CDU bekennt sich zu diesem Ziel. In der Umsetzung ist Ihnen leider nicht viel gelungen. Vielmehr wird in diesem Haushalt das Ziel, die städtischen Liegenschaften bis 2025 klimaneutral zu bekommen, stillschweigend abgeschafft und auf 2030 vertagt.

Ein Konzept zur Umsetzung nach dem Green House Gas Protokoll ist nie ernsthaft erstellt worden und wenn ich daran erinnern darf so ist die kleinste Maßnahme aus Ihrem Klimadeal, nämlich die Festlegung eines namenlosen Weges am Kühlen Grund in Stukenbrock als Fahrradstraße, nicht umgesetzt.
Nicht einmal das haben sie erreicht....

Mittlerweile liegen wir in der Bilanz der energetisch erzeugten Energien im Kreis Gütersloh an letzter Stelle.

Auch wenn sich in diesem Jahr wieder einiges getan hat, was den Aufbau von Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden angeht, so werden in dem uns hier vorliegenden Haushaltsentwurf die Mittel für weitere Investitionen in Klimaschutz gekürzt.

Die im Investitionsplan vorgesehenen Mittel für den Ausbau von Photovoltaik werden von 255 Tausend Euro auf 145 Tausend Euro gekürzt, für den Neubau von Ladestationen stehen gar keine Mittel mehr zur Verfügung.

Und wenn schon nicht Vorbeugend gehandelt wird, so sollten wir uns doch besser auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten.

Hier sind im Investitionsplan für den Hochwasserschutz erst wieder in 2026 Mittel vorgesehen und für die Sanierungen des hydraulischen Starkregenschutzes ist gar nichts geplant.

Ich weiß wir haben es schon so oft gesagt und ich wiederhole es wieder: Das, was getan wird ist gut, aber es reicht nicht aus und wir dürfen auf keinen Fall in diesem Bereich die Investitionen kürzen.

Sie haben sich immer damit gebrüstet, dass unsere Schulen in Ausstattung und baulichem Zustand ein Vorbild für die Welt sind. Wir müssen aber feststellen, dass wir einen erheblichen Investitionsstau in den Gebäuden haben. Nur die Sanierung der Elbrachtschule wird den Bürgerinnen und Bürgern viel Geld kosten.

Ihr Vorstoß Mittel aus dem glücklicherweise gescheiterten Schildbürgerstreich „Aufwertung Pollhansplatz“ gönnerhaft für die Sanierung von Schulhöfen zu verwenden zeigt die selbstgefällige Art mit den finanziellen Mitteln umzugehen. Wir müssen doch vorher überlegen was brauchen wir für welche Maßnahme mit welchem Ziel.

Schule ist nicht nur Gebäude, das wissen die meisten mittlerweile. Es ist ein Ort, in dem Kinder und Jugendliche zusammen kommen um einen großen Teil ihrer Zeit zu verbringen, sich zu begegnen, zu lernen und auf das weitere Leben vorzubereiten.

Wir haben im Rahmen der Frage nach Erhöhung des Budgets für Schulsozialarbeit auch den Antrag gestellt, dass die Stadt das Ziel hat Kinder und Jugendliche auch in der Schule in ihrem Leben zu begleiten.

Ein solches Ziel wurde von der CDU brüsk abgelehnt.

Den Schülerinnen und Schülern in diesen Zeiten, die besonders für jüngere Menschen mit viel Angst vor der Zukunft verbunden sind, Lebensbegleitung zu verweigern ist schon übel.

Die CDU hat einen Antrag für die Errichtung eines Platzes der Kinderrechte im Stadtzentrum, auch mit dem Hinweis, dass die meisten Menschen gar nicht wissen was in der UN Charta zu Kinderrechten auf der Welt steht, gestellt

Schauen sie doch selbst mal in Artikel 29 und reflektieren sie die vereinbarten Aufgaben im Bereich Bildung, die über das reine Lernen für die Wirtschaft, weit hinausgehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Forderung der CDU auf Einführung einer Bezahlkarte für geflüchtete Menschen eingehen.
Nicht nur dass dies haushaltsrelevant ist und der Stadt ausschließlich Kosten aber keine Ersparnis beschert. Es steht auch in unmittelbarem Kontrast zu den Kinderrechten, denn sie werden die meisten Nachteile haben, wenn Ausflüge mit der Schule, Teilhabe am gemeinschaftlichen Leben oder einfach nur ein Besuch auf dem Weihnachtsmarkt nicht möglich ist, weil dort Barzahlung obligatorisch ist.
Das erklärte Ziel der Bezahlkarte ist in der derzeitigen unsäglichen Diskussion um Zuwanderung, die Abschreckung.
Allein dieser Begriff ist in sich diskriminierend und Teil einer zu nichts Gutem führenden Verrohung unserer Sprache.

Menschen die mit 500 € im Monat auskommen müssen zu unterstellen sie würden davon noch Gelder „unrechtmäßig „ ins „Ausland“ schaffen zeigt schon eine vollkommene Abkehr jeglicher Realität mit der sich viele Menschen in unserem Land auseinander setzen müssen.

Auch die ewige kritische Betrachtung des Warenkorbes und die Weigerung der Mehrheitsfraktion dort eine angemessene finanzielle Unterstützung zu geben zeigt, dass sich die CDU weit von ihrem ersten Buchstaben entfernt hat und sich nur noch über die konservativen Werte definiert die nichts weiter als Neoliberalismus beinhalten.

Lassen Sie uns noch in aller Kürze auf unsere Anträge für den Haushalt eingehen und dann komme ich auch schon zum ersehnten Ende dieser letzten Haushaltsrede.

Wir haben beantragt ein Programm zur Förderung von Start Ups in SHS zu entwickeln oder es auch aus anderen Kommunen, die dies haben, zu übernehmen.
Die Gründe dafür liegen auf der Hand, denn es wird in Zukunft schwierig werden über die bestehenden Betriebe, so gut sie auch geführt sind, die Herausforderungen für eine funktionierende, klimaneutrale Wirtschaft zu meistern. Es braucht auch bei uns frische neue Ideen.
Die als Quatsch abzutun und darauf hinzuweisen, es bräuchte ja nur Frau Fraune angerufen zu werden und dann läuft alles..... Dazu fällt mir nichts ein.

Auch den schon pathologischen Hinweis auf die Grüne Verbotspartei durften wir in diesem Jahr mitnehmen. Vielen Dank dafür.
Unseren Antrag einen Denkmalpflegeplan zu erstellen, der uns mal in die Lage gesetzt hätte erhaltenswertes zu erhalten und zu gestalten wurde mit der Angst abgelehnt, es könnte zu Verboten von privaten Änderungswünschen führen.

Na ja, aus alter Wurzel neue Kraft.

Nun sei es genug der Rede und es gilt zu verkünden, dass wir diesen uns vorliegenden Haushaltsplan ablehnen werden.

Vielen Dank für Ihre Stille.

Die Fraktion der Grünen in SHS wünscht allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein Jahr 2025 mit friedlichen Tagen.